Der Sächsische Zentrumsparteitag

Pfarrer Ludwig Kirsch Vorsitzender

Dresden, 10. März.

Die Sächsische Zentrumspartei hat gestern in Dresden ihren diesjährigen ordentlichen Landesparteitag abgehalten. Der Parteitag wies einen sehr guten Besuch auf, neben Ostsachsen war auch der Chemnitzer und Leipziger Wahlkreis fast mit allen Ortsgruppen vertreten. — Der Beratung des Parteitags ging eine kurze Sitzung des erweiterten Landesvorstandes voraus.

Studienrat Bruger (Bautzen) als stellvertretender Landesvorsitzender eröffnete die Tagung mit herzlichen Worten der Begrüßung und wies auf die besondere Bedeutung hin, die diesem Parteitag zukomme. Der Parteitag müsse den Nachfolger wählen für Dr. Flügler, der mehr als fünf Jahre die Partei in so umsichtiger und weitschauender Weise geleitet habe. — Anschließend erstattete

Generalsekretär Dr. Desczyk

den Jahresbericht. Das Berichtsjahr habe in Sachsen Landtags- und Gemeindewahlen gebracht und der Parteitag habe Ursache, allen denen zu danken, die in aufopfernder Weise in der Agitation vor diesen Wahlen für die Zentrumssache gearbeitet hätten. Er gab einen Ueberblick über die Vorbereitungen, die seitens der Landeszentrale für die Landtagswahl 1929 getroffen worden sind. Daß überall mit großem Eifer gearbeitet worden ist, hat das Ergebnis der Landtagswahl gezeigt. Noch bei keiner Landtagswahl in Sachsen hat das Zentrum eine so hohe Stimmenzahl erreicht, mit 25 460 Stimmen habe man gegenüber der Stimmenziffer von 1926 (24 089) einen bedeutsamen Fortschritt erzielt. Daß trotz dieses Stimmgewinnes der Wahlquotient und damit das Mandat nicht erreicht werden konnte, brauche kein Grund zur Entmutigung zu sein. Das Sächsische Zentrum wisse, daß die wichtigsten politischen Entscheidungen heute im Reichstag fallen. Wenn es Wert darauf lege, auch im Landtag vertreten zu sein, so sei dafür in erster Linie die Tatsache maßgebend, daß nach der Reichsverfassung die Kulturpolitik Sache der Länder sei. Vor der Landtagswahl 1929 habe das Zentrum seine Bereitschaft zu erkennen gegeben, mit anderen staatsbejahenden Parteien zusammenzugehen, um die Zentrumsstimmen mit völliger Sicherheit für eine verantwortungsbewußte Regierung in Sachsen ausnutzen zu können. Diese Bereitschaft bestehe fort, auf keinen Fall werde man aber das Zentrum dazu bringen, auf eine eigene Liste zu verzichten, wenn durch die Schuld anderer Parteien ein gemeinsames Vorgehen, dessen Voraussetzung die Sicherung des Zentrumsmandates auf der gemeinsamen Liste sei, unmöglich gemacht werde. — Bei den Kommunalwahlen habe das Zentrum seinen Bestand in Ost- und Westsachsen gehalten, neu seien die Zentrumsmandate in Meißen und Pirna. Weiter gab der Bericht einen Ueberblick über die Arbeit der Landesinstanzen, über die Entwickelung des Mitgliederstandes der Partei, der gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung zeigt und über die Zusammenarbeit mit der Jugend.

Ausgeschieden sind im Laufe des Berichtsjahres aus dem Landesvorstand Herr Dr. Flügler und Herr Oberlehrer Lorenz, der nach 20jähriger Leitung der Zittauer Ortsgruppe seine Aemter niedergelegt hat. Der Parteitag beschloß auf Vorschlag des Landesvorstandes die beiden Herren in Würdigung ihrer großen Verdienste um die Landespartei zu Ehrenbeiräten mit ständigem Sitz im Landesvorstande zu ernennen. — Den Kassenbericht gab Apotheker Tränkner, die Kasse zeigt trotz der großen Anspannung im letzten Jahre keinen ungünstigen Stand.

An die Jahresberichte schloß sich eine eingehende Aussprache an. Zunächst machte Herr H. Picker, Dresden, wohldurchdachte Ausführungen über den weiteren Ausbau der Zentrumsorganisation in Sachsen. Die Organisation müsse sich wie vor ausgehen von den bestehenden Ortsgruppen. Bei der großen Ausdehnung des Gebietes, das der Landesverband Sachsen der Zentrumspartei zu umfassen habe, sei es zweckmäßig, den gesamten Bezirk in Unterbezirke zu gliedern, gemeinsame Bezirkskonferenzen der Vertrauensmänner dieser Bezirke und Schulungskurse für das Gebiet jedes dieser Bezirke seien geeignet die Grundlage der Parteiarbeit in Sachsen immer fester und breiter zu gestalten. — Dr. Flügler und Dr. Splett (Dresden) ergänzten diese Ausführungen, weiter gaben die Herren Waraczewski und Müller (Dresden), Frau Scheffel (Bautzen) Anregungen für die Ausgestaltung der Parteiarbeit.

Auf Antrag von Dr. Hilpert (Leipzig) beschloß der Parteitag grundsätzlich die Errichtung eines Arbeiterbeirates für die Landespartei im Sinne der für die Beiräte der Deutschen Zentrumspartei aufgestellten Richtlinien. Ueber die Form, in der die Errichtung erfolgen soll, wird sich der Landesvorstand mit den in Frage kommenden Kreisen ins Benehmen setzen.

•

Nach einer Mittagspause begann der Parteitag mit der Beratung über die Neuwahl des Vorstandes. Der Vorsitzende Bruger gab einen Ueberblick über Verhandlungen, die der Landesvorstand zur Vorbereitung der Neuwahl des 1. Vorsitzenden getroffen hat. An den Bericht schloß sich eine stundenlange Aussprache an, in der im alten Zentrumsgeiste die vorliegenden Vorschläge sachlich gegeneinander abgewogen wurden. U. a. sprachen die Herren Kladezki (Meißen), Hommes (Zwickau), B. Maier (Dresden), Tacke (Zittau), Waraczewski, Dr. Splett und Suhr (Dresden). Weitere Anregungen gaben Dr. Flügler, Dr. Hilpert (Leipzig), Pollack (Radeberg), Trepte (Schirgiswalde) und Grohmann (Chemnitz).

In der geheimen Abstimmung, die der Wahl folgte, wurde mit Zweidrittelmehrheit Pfarrer Ludwig Kirsch (Reichenbach) zum Vorsitzenden der Landespartei gewählt.

Der neue Vorsitzende Kirsch

dankte dem Parteitag für das Vertrauen, das mit dieser Wahl zum Ausdruck gekommen sei. Die Wahl bedeute für ihn eine Ehre, aber auch eine schwere Aufgabe und er wisse wohl, daß er diese Aufgabe nur werde erfüllen können, wenn ihn alle Mitglieder der Partei dabei unterstützten. Wir wissen alle, daß das Zentrum in Sachsen eine Minderheit ist. Wir glauben aber, daß diese Minderheit auch von den anderen Parteien nicht übersehen werden darf. Der Gedanke, daß die Weltanschauung wieder stärker als bisher die Grundlage der politischen Arbeit bilden müsse, beginne sich jetzt wieder auch außerhalb der Zentrumspartei mehr und mehr durchzusetzen. Wir alle wissen, daß der Charakter des Zentrums als Weltanschauungspartei schon gegeben war durch die Entstehung der Partei in den Stürmen des Kulturkampfes. Dieser Charakter des Zentrums als Weltanschauungspartei, als Kulturpartei ist in der Vorkriegszeit auch nie umstritten worden. Nach dem Kriege hat die größere Freiheit, die die neue Verfassung unserer Weltanschauung gegeben hat, und die Erschwerung der wirtschaftlichen Lage breiter Volksschichten dazu geführt, daß die wirtschaftlichen Fragen in dem Vordergrund des politischen Interesses getreten sind. Wenn aber das Christentum nicht imstande wäre, diese aus wirtschaftlichen Verhältnissen fließenden Meinungsverschiedenheiten zu einer Lösung zu führen, welche Kraft sollte dann dazu imstande sein?

Die große Bedeutung, der wirtschaftlichen Fragen anzuerkennen sei für jeden politisch denkenden Menschen eine Selbstverständlichkeit. Es wäre eine Utopie zu meinen, daß in der Zentrumspartei die wirtschaftlichen Spannungen, unter denen heute unser gesamtes Volk leidet, keinen Platz haben dürfe. Was die Zentrumspartei aber wolle, sei, diese Spannungen zu lösen nicht im Kampf aller gegen alle, sondern im Geiste christlicher Bruderliebe. **Dabei sei es eine Selbstverständlichkeit, daß den Kreisen, die von der Wirtschaftsnot am ärgsten getroffen würden, die Sorge der Partei in erster Linie gelte.** Ueber den wirtschaftlichen Sorgen werde die Zentrumspartei freilich nicht die Notwendigkeit einer starken christlichen Kulturpolitik vergessen. Wenn in Rußland vom politischen her die Religion zerbrochen werden solle, dann müsse es bei uns erst recht möglich sein, auch mit politischen Mitteln die Weltanschauung zur Geltung zu bringen.

Einen herzlichen Gruß richtete der neue Vorsitzende an die Veteranen der Partei, die schon vor dem Kriege für Zentrumskandidaturen in Sachsen gekämpft und gearbeitet haben. Einen ebenso herzlichen Gruß aber auch an die Jugend, die in organischem Aufstieg in die Frontlinie der Kämpfer für die Zentrumssache hineinwachsen müsse, schließlich den Frauen, die von je den Wählerreihen des Zentrums den sichersten Halt gegeben hätten. Wenn alle zusammenarbeiteten, werde es mit Gottes Hilfe möglich sein, die Zentrumssache in Sachsen weiter voran zu bringen.

Die Rede des neuen Parteivorsitzenden wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Die Neuwahl des übrigen Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: 2. Vorsitzender: Studienrat Bruger (Bautzen), Schriftführer: Verwaltungsamtmann A. Müller (Dresden) und Gewerkschaftssekretär Kladezki (Meißen), Kassierer: Apotheker Tränkner (Dresden) und Kaufmann Figelius (Dresden). Zu Beisitzern gewählt wurden die Herren Lehrer Kretschmer (Chemnitz), Dr. Hilpert (Leipzig), Prof. Dr. Soppa (Bautzen), Kaufmann A. H. Mehring (Dresden), Dr. O. Splett (Dresden), Gewerkschaftssekretär Waraczewski (Dresden) und Fräulein Lehrerin M. Fischer (Dresden). — Dem Reichsparteiausschuß wird als Vertreter des sächsischen Landesverbandes auch künftig Studienrat Bruger angehören.

Dr. Vockel über Reichspolitik

Einen ungemein klaren, aus lebendigem Erleben der entscheidenden Vorgänge gestalteten Ueberblick über die politische Lage im Reich gab

Generalsekretär Dr. H. Vockel (Berlin).

Er ging aus von den Verhandlungen, die gegenwärtig zwischen den Reichstagsfraktionen in Berlin stattfinden, um eine Einigung hinsichtlich der notwendigen Sanierung der Reichsfinanzen herbeizuführen. Diese Sanierung werde vom Zentrum gefordert als unerläßliche Voraussetzung zur Annahme des Youngplanes. Zur Stunde seien die Verhandlungen so ziemlich auf dem toten Punkt angelangt.

In großen Zügen gab Dr. Vockel dann einen Ueberblick über die Geschichte des Youngplanes und die Fragen, die innerhalb der ungemein umfangreichen Materie der Haager Vereinbarungen am meisten umstritten sind. Er erinnerte daran, daß der Parteivorsitzende Dr. Kaas im September 1929 als Mitglied der deutschen Delegation in Genf protestiert habe gegen die Vereinbarung, die seinerzeit der Kanzler Müller mit den Delegationsführern der Westmächte getroffen habe. Auf Grund dieser Vereinbarungen seien seinerzeit die Verhandlungen der Sachverständigen in Paris aufgenommen worden. Bei diesen Verhandlungen habe sich der Wunsch der Gläubigermächte, die Reparationen anzugleichen an die interalliierten Kriegsschulden, weitgehend durchgesetzt. Die Haager Verhandlungen hätten dann weitere Belastungen gebracht.

Opposition gegen die außerordentlich drückende Stimmung des neuen Planes sei gewiß eine staatspolitische Notwendigkeit gewesen. Es sei aber bedauerlich, daß die Rechtsparteien es nicht verstanden hätten, diese Opposition so zu führen, daß sie außenpolitisch hätte ausgewertet werden können. **Die sachliche Opposition gegen den Youngplan sei im wesentlichen geführt worden vom Zentrum.** Eine Ablehnung des Planes im Reichstag sei infolge der ungeheuren finanziellen Schwierigkeiten, in denen wir stehen, kaum zu erwarten. Es ist nicht genügend bekannt, daß wir seit 1. September 1929 bereits Jahresleistungen nach dem Youngplan zahlen und daß im Falle eines Scheiterns des Youngplanes erhebliche Nachzahlungen zu leisten wären.

Unter allen Umständen aber wird das Zentrum an seiner Forderung festhalten, daß vor Sicherung der finanziellen Sanierung durch schriftliche Bindung der Parteien an eine Zustimmung zum Youngplan nicht gedacht werden kann. Solange dieser Forderung nicht Rechnung getragen wird, wird das Zentrum sich bei Abstimmungen über die Young-Gesetze der Abstimmung enthalten. Die Haltung der Deutschen Volkspartei könnte fast zu der Meinung führen, daß die Volkspartei auf einen Bruch der Koalition hinarbeiten will. Ein solcher Bruch der Koalition wäre außerordentlich gefährlich, da ein Herausdrängen der Sozialdemokratie aus der Regierung die bei der wirtschaftlichen Notlage verständliche Erregung, die heute schon in weiten Kreisen des Volkes herrscht, ins Unerträgliche steigern müßte. — Dr. Vockel schloß seine Ausführungen mit einem Appell, die ungemein schwierige Arbeit der Reichstagsfraktion durch Aufklärung der Wählerschaft zu unterstützen.

In der Aussprache, die sich an das Referat anschloß, zeigte sich die lebhafte Anteilnahme, mit der heute alle Kreise der Zentrumswählerschaft den Verlauf der politischen Ereignisse verfolgen. Von verschiedenen Seiten wurden starke Bedenken gegen eine Reihe Bestimmungen des Haager Abkommens erhoben. Scharfe Kritik richtete sich auch gegen die unerträgliche Entwicklung der öffentlichen Finanzen in den letzten Jahren. Die entschiedene Haltung des Zentrums in dieser Frage wurde von allen Seiten lebhaft begrüßt. U. a. kamen die Herren Dr. Rothe (Chemnitz), Dr. Hilpert (Leipzig), Kretschmer (Chemnitz), E. Schmidt (Dresden), Nordmann (Chemnitz), Pollack (Radeberg) und Müller (Dresden) zu Wort.

In seinem Schlußwort ging Dr. Vockel noch ausführlich auf die Frage des Notopfers, das von sozialistischer Seite in die Debatte geworfen worden sei, und auf die Vorschläge, die zur Reform der Arbeitslosenversicherung gemacht worden sind, ein. Die Zentrumspartei sei der Meinung, daß die Volksgesamtheit gegenüber den Menschen, die arbeitswillig sind, aber trotzdem keine Arbeit finden können, eine hohe Verantwortung habe. Auf Grund der kleinen Reform der Arbeitslosenversicherung erhielten heute schon 300 000 Menschen, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt hätten, keine Unterstützung. Das sei auch ein Notopfer, das man nicht übersehen dürfe. — Auf Grund der Ausführungen Dr. Vockels faßte der Parteitag folgende Entschließung:

„Der Sächsische Zentrumsparteitag dankt der Reichstagsfraktion für ihr energisches Festhalten an der Forderung, die Sanierung der Kassenlage des Reiches durch bindende Abmachungen der Fraktionen vor Annahme der Young-Gesetze sicherzustellen. Der Parteitag erwartet von der Fraktion, daß sie unnachgiebig auf eine durchgreifende und weitausschauende Finanzsanierung dringen wird. Die Zentrumswähler in der sächsischen Diaspora haben das feste Vertrauen, daß die Partei unter der Führung von Kaas und Brüning die Linie einer selbstständigen und verantwortungsbewußten Politik fortführt, die angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag die vaterländische Aufgabe der Zentrumspartei ist."

Nach Erledigung verschiedener kleinerer organisatorischer Fragen schloß der Vorsitzende Kirsch die Versammlung nach 6 Uhr abends mit den Worten des Dankes an alle Teilnehmer.

Gerüstet ins Leben

Reifeprüfung und Entlassung der Abiturienten an der Domstiftlichen Katholischen Oberschule mit Aufbauklassen.

Bautzen. Am 3. und 4. März fand unter dem Vorsitz des Herrn Oberstudiendirektors Löhmann, den das Ministerium für Volksbildung zum Prüfungskommissar ernannt hatte, die mündliche Reifeprüfung der Abiturienten der Domstiftlichen Katholischen Aufbauschule statt. Ihr war vom 30. Januar bis 4. Februar die schriftliche vorangegangen. Alle 21 Oberprimaner, darunter vier Mädchen, bestanden die Prüfung. In den Wissenschaften erhielt einer 1b, sieben 2a, elf 2, einer 2b, drei 3a und einer 3. Im Betragen konnte allen die Zensur 1 zuerkannt werden.

Am Sonnabend, den 8. März, erfolgte dann in der Aula die feierliche Entlassung der Abiturienten und Abiturientinnen. An ihr nahm als Vertreter der domstiftlichen Kollaturbehörde der apostolische Protonotar, Herr Domdekan Hartmann, teil. Nachdem das Schülerorchester unter Leitung des Herrn Studienrats Engler das Handelsche „Largo" gespielt hatte, sprach der scheidende Primus omnium Edm. Rudolf über das Wort aus Goethes Tasso: „Und was man ist, das blieb man andern schuldig". Darauf richtete er herzliche Dankesworte an die Eltern, Lehrer und Kameraden.

Dem Abschiedsgruß des Unterprimaners Henke an die Weggehenden folgte das „Andante" von Paganini, das wiederum das Schülerorchester vortrug. Dann sprach Herr Oberstudiendirektor Löhmann über das Ideal einer sittlich-religiösen Persönlichkeit, zeichnete im einzelnen ihr Wesen und gab den Abiturienten eine Reihe wertvoller Leitgedanken, durch die sie ihr Glück finden würden, mit auf den Lebensweg. An die Rede schloß sich die Verleihung der Bücherprämien an die Abiturenten Dudzik, Hanschy, J. Ritschel, Edm. Rudolf und Thomas und die Zurückgabe des Handschlages, den die abgehenden Schüler und Schülerinnen einst bei ihrer Aufnahme in die Schule gegeben hatten. Das Mendelssohnsche Komitat beendete die Feier. Hknr